

Zum Gastkommentar von
Oliver Cyrus, 29. September

Luxemburgs Beitrag zur Flüchtlingshilfe

Tatsache ist, dass Luxemburg seit Jahresbeginn insgesamt 125 Flüchtlinge aus Griechenland aufgenommen hat, davon kurzfristig 15 aus Moria (Lesbos). Rechnet man das auf die Bevölkerungszahlen hoch, entspräche dies für Österreich, dass seit 1. Jänner 210 Flüchtlinge aus Moria und 1.775 aus Griechenland aufgenommen hätten werden müssen.

Jean Asselborn, Luxemburger Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten, Minister für Immigration und Asyl

Zum Artikel von Bernd Vasari,
5. September

Einseitige Kritik an Kreuzfahrtschiffen

Im diesem Artikel wird wieder einmal unter dem Deckmantel des Klimaschutzes gegen Kreuzfahrtschiffe hergezogen, ein Bashing, das derzeit offenbar in Mode ist.

Auf unseren Meeren sind circa 90.000 Schiffe unterwegs, davon sage und schreibe 500 Kreuzfahrtschiffe! Wer spricht vom Schadstoffausstoß der Frachter und Öltanker? Weniger als 1 Prozent der Schadstoffe, die für die Erderwärmung mitverantwortlich sind, kommen von Kreuzfahrtschiffen, etwa 6 Prozent von Passagierschiffen allgemein und angeblich machen die Schadstoffe aller Schiffe nur einen verschwindenden Anteil an den schädlichen Emissionen weltweit aus.

Darüber hinaus darf man die wirtschaftlichen Hintergründe der Hochseeschifffahrt nicht außer Acht lassen. Die Schifffahrt – hier meine ich vor allem die Frachtschiffe – schafft weltweit Millionen Arbeitsplätze und sichert rund um den Globus unsere Versorgung.

Günter Braun,
1020 Wien

Leserbriefe werden nur abgedruckt, wenn sie mit vollständiger Adresse versehen sind und Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.



Grünen-Klubchefin Sigrud Maurer (l.) präsentierte jüngst mit den Ministerinnen Alma Zadic, Karoline Edtstadler und Susanne Raab das Gesetzespaket „Hass im Netz“.

Foto: apa/Schlager

Eine neue Ära im Internet

Hass im Netz: Die Kluft zwischen dem, was die digitale Lebensrealität braucht, und dem, was die Gesetzgebung liefert, ist derzeit ziemlich tief.

Gastkommentar

von Eva Mandl

Warum gibt es diesen Gesetzesentwurf eigentlich erst jetzt? Das ist irgendwie die erste Frage, die wohl vielen Menschen in den Sinn kam, als drei Ministerinnen und eine Klubobfrau vor kurzem ein längst fälliges Gesetzespaket präsentierten, das das virtuelle Miteinander regeln soll. Gleichzeitig wurden sie dafür kritisiert, dass dieser Vorschlag „vorschnell“ und „im österreichischen Alleingang“ präsentiert wurde.

Die Kluft zwischen dem, was die digitale Lebensrealität braucht (Schutz vor Anfeindung, Mobbing, Belästigung, etc.), und dem, was die Gesetzgebung (ob national oder auf europäischer Ebene) liefert, ist derzeit also ziemlich tief. Manche Mitbürger sehen in der Löschung rassistischer oder beleidigender Kommentare sogar eine

mögliche Einschränkung der Freiheitsrechte – was, wie man es auch dreht und wendet, mit gesundem Menschenverstand nicht ganz vereinbar ist. Schließlich endet die Freiheit des einen dort, wo jene des anderen beschränkt wird (ganz abgesehen davon, dass ein im Gesetzespaket definiertes Beschwerdeverfahren das „Overblocking“ verhindern soll).

Im Grunde könnte es irritieren, dass wir erst jetzt erste Schritte unternehmen, um Cybermobbing, Diskriminierung und Beleidigung im digitalen Meinungs Austausch einzudämmen. Schließlich gibt es doch im analogen Leben einen gut etablierten „Common Sense“ – sprich: gesunden Menschenverstand –, der den meisten auch ohne Androhung von Geldstrafen sagt, welche Ausdrucksweisen in der Öffentlichkeit akzeptabel sind und welche nicht. Doch kaum setzen wir einen Fuß in die digitale Welt, scheint deren scheinbare

Anonymität das Schlechteste in uns hervorzurufen. So scheint es leider nötig zu sein, eine strafandrohende Gesetzgebung zu haben, um einen allgemeingültigen Umgangston breit zu etablieren.

Eine neue Haltung des virtuellen Miteinanders

Die Entwicklung einer neuen Haltung des virtuellen Miteinanders scheint die größte Herausforderung jener Phase zu sein, in der wir uns – digital betrachtet – als Gesellschaft gerade befinden. Während es in der ersten Phase um die Entdeckung der Kanäle und ihrer Möglichkeiten ging, sowie um das Integrieren derselben in unser Alltagsleben, haben sich in der zweiten Phase kulturelle Diversitäten gebildet. Dies gehört, ganz nebenbei bemerkt, auch zu den größten Chancen der Digitalisierung. Dennoch braucht es – trotz aller Wertschätzung für diese Diversität – eine gemeinsame

Klammer, die für alle verbindlich ist, auch (und erst recht) für sogenannte Big Player. Eine Klammer, die das „Wie“ regelt und nicht das „Was“. Genau dazu hat das neue Gesetzespaket (unabhängig von optimierbaren Inhaltsteilen) den Startschuss gesetzt. Denn es geht sowohl für Individuen als auch für Marken künftig darum, eine digitale Haltung zu entwickeln, die jener der analogen Persönlichkeitsentwicklung ähnlich ist.

Viele Unternehmen und Marken haben bereits erkannt, dass es ein Produkt/eine Dienstleistung ohne diese Haltung schwer hat, zu überleben. Dies gilt nicht nur für globale Marken, sondern auch für regionale. Die Digitalisierung gibt uns die Chance, „dehierarchischer“ aktiv zu werden, aber wir müssen auch zeigen, dass das Gegenteil von Hierarchie eben nicht Anarchie ist, sondern Dehierarchie: ein gleichberechtigter, demokratischer Zugang.

Diese Entwicklung ist vor allem beruflich für Frauen besonders relevant, da digitale Netzwerke die Chance bieten, alteingesessene und historisch etablierte, männliche Netzwerke aufzubrechen und zu ergänzen. Gleichzeitig sind jedoch auch in digitalen Netzwerken (und da kann man schon eine gewisse Parallele erkennen) die Frauen am stärksten von Herabwürdigung, Hassrede und Diskriminierung betroffen.

Dem muss Einhalt geboten werden, denn die größte Chance für alle ist, dass die Digitalisierung es möglich macht, unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität oder Religionszugehörigkeit Netzwerke zu bilden, die beruflich und persönlich der Weiterentwicklung dienen. Insofern wäre es ein starkes Zeichen gewesen, hätte ein Mann das Gesetzespaket mitpräsentiert. Dies hätte nicht nur inhaltlich, sondern auch formal wahrlich eine neue Ära der Kooperation eingeleitet. ■

Zur Autorin

Eva Mandl ist Gründerin und Geschäftsführerin der Wiener PR-Agentur Himmelhoch (www.himmelhoch.at).

Mutig in die Zukunft der Stadtgestaltung gehen

In Wien stehen Bezirks- und Gemeinderatswahlen bevor. Ein Wahlergebnis gibt mitunter eine Ausrichtung der Politik für die kommenden fünf Jahre vor. Stadtplanung und Stadtentwicklung sind kein Hier und Jetzt, sondern bedürfen einer Steuerung und Perspektive über die Zeit. Ermutigen wir die Politik dahingehend, dass es nicht nur eine Politik des Zumutbaren gibt. Stadtentwicklung der Zukunft bedeutet die Reduktion des ruhenden Verkehrs im öffentlichen Raum, ein verändertes Mobilitätsverhalten, Klimawandelanpassung und Teilen auf unterschiedlichen Ebenen. Politik ist in der Regel dort, wo „ein Stück des Weges gemeinsam gegangen wird“. Manchmal entsteht der Eindruck, die Bevölkerung hole die Politik ab und nicht umgekehrt. Die These lautet: Die Bevölkerung ist in ihren Visionen und ihrer Veränderungsbereitschaften für eine zukunftsfähige Stadt wie Wien wesentlich weiter, als wo die Politik sie abzuholen wagt. Das

bestätigen auch Umfragen der Stadt Wien beziehungsweise auf Bezirksebene, vor allem beim Thema Mobilität.

Neben dem Reizthema Auto geht es um viele weitere Themen, die sich unter „Urban Sharing Society“ zusammenfassen lassen. Der öffentliche Raum ist nicht erst seit Corona eine Projektionsfläche hinsichtlich gerechterer Verteilung vielfältiger Nutzungsinteressen. Der Begriff „Shared Space“ wird dabei mit einer weiteren Bedeutung aufgeladen. Das Thema Wohnen wird künftig stärker durch kooperatives Zusammenleben geprägt sein, auch über Generationen mit Allgemeinflächen und Gemeinschaftsräumen. Das Thema Arbeiten wird stärker digitalisiert sein. Co- und Homeworking verändern nicht nur die Arbeits-

welt, sondern beeinflussen auch die Büroinfrastrukturen. Kommunikation wird zunehmend durch digitale Teilhabe(möglichkeiten) bestimmt, ob im Bildungssystem oder auch zwischen Generationen. Die Wirtschaft lebt vom Teilen der Ideen, indem Start-ups oder EPUs kooperativ zum Durchbruch kommen.

Die Bevölkerung ist wesentlich weiter, als wo die Politik sie abzuholen wagt.

Eine Pop-up-Kultur im Sinne der Neuinterpretation des öffentlichen Raums irritiert manche vorerst durch ihre temporäre Intervention. Gelingt aber dauerhafte Umgestaltung, ist die Akzeptanz gesichert, und jedes etablierte Projekt ist Wegbereiter für Neues. Das belegt auch die jüngst umgestaltete Neubaugasse, die zuvor in heftigen Debatten zwischen diversen Interessengruppen wie Parteien, lokaler Wirtschaft, Anrainern und Wiener Linien verfangen war.

Der Blick in die jüngste Vergangenheit sollte auffordern, mutig in die Zukunft der Stadtgestaltung zu gehen, auch wenn damit der eine oder andere Konflikt vorerst aufgelegt ist und Kommunikation notwendig sein wird. Das betrifft jedenfalls Themen wie neu ausgelegte Mobilitätskonzepte für höherrangige innerstädtische Straßen, Straßenbahnen auch in Begegnungszonen und eine konsequente Neuinterpretation des öffentlichen Raums hinsichtlich Gestaltung, Begrünung und konsumfreier Räume – um hier nur einige Konzepte zu nennen. Nicht der ruhende Verkehr bestimmt das Straßenbild der Zukunft, sondern Menschen in öffentlichen Räumen, die in dieser Stadt leben, arbeiten, auf Besuch sind und sich dort auch aufhalten wollen. Die Politik kann sich dabei nicht nur auf die Wiener Bevölkerung, sondern auch auf eine solide Stadtverwaltung verlassen. Muten wir der Politik mehr zu, damit sie auch mutiger wird, Stadtentwicklung zukunftsfähig zu gestalten.

Gastkommentar

von Martin Heintel

Der Autor ist Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung.